

Abschlagfreie Pension für PostbeamtInnen:



SPÖ-Vorstoß im Parlament von ÖVP und Grüne wieder abgeblockt!

Die SPÖ- Abgeordneten haben sich am 5. März im Sozialausschuss des Parlamentes neuerlich für die Ausweitung der abschlagsfreien Pension auf Postlerinnen und Postler (Beamte) nach 45 Arbeitsjahren eingesetzt.

Gegen diesen SPÖ-Entschließungsantrag haben sich ÖVP und Grüne erneut quergelegt und zum zweiten mal eine abschlagfreie Pension für PostlerInnen - wie sie für Bauern, Selbstständige und ASVG-Pensionisten bereits seit 1.1.2020 gilt – mit ihrer Mehrheit im Parlament abgeblockt.

- Ebenso verhindert wurde von ÖVP und Grünen, dass die **Zeiten für Präsenz- und Zivildienst** als Beitragsmonate der Erwerbstätigkeit anerkannt werden.
- Auch die Neuberechnung der Pensionen mit **1.1.2020 ohne Abschläge** für jene Jahrgänge, die nach Auslaufen der Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“) am 31.12.2013 mit bis zu 12,6 Prozent Abschlägen pensioniert wurden, haben ÖVP und Grüne blockiert.

Fragen Sie die NR-Abgeordneten von ÖVP und Grüne ihres Wahlkreises, warum sie gegenüber Bauern, Selbstständigen und ASVG-PensionistInnen schlechter gestellt und von ihnen mit Abschlägen bestraft werden.

Und fragen Sie diese Abgeordneten auch, warum sie für **120 Millionen Euro Steuergeschenke an Hoteliers** gestimmt haben und **Unternehmen die Körperschaftssteuer von 1,6 Milliarden Euro/Jahr nachlassen** wollen, während die Kosten für **abschlagsfreie Postlerpensionen etwa 25 Mio. Euro** betragen, die überdies jährlich geringer werden.



PENSIONS-SISYPHUS

Kein Geld für Postpensionisten:
ÖVP und Grüne legen sich quer

**= Aktuelle APA-Meldung =
INDUSTRIELLENVEREINIGUNG:
„HACKLERREGELUNG NEU“
ABSCHAFFEN!**

In einer APA-Meldung vom 7. Mai (OTS0029) appelliert die Junge Industrie an die Bundesregierung sehr eindringlich „.... **sich der Abschaffung der 'Hacklerregelung Neu' anzunehmen.**“

Der Einfluss der Industriekapitäne auf die ÖVP ist hinlänglich bekannt. Daher ist auch der Grund der Türkis/Grünen Blockadehaltung unschwer auszumachen. Wahlspenden müssen sich schließlich rentieren. Und wer nach Ansicht der Regierungsratgeber die Krisenkosten zahlen soll, ist nun auch unschwer erkennbar.